



Ök. Netz, Pfr.-Werner-Mörchen-Str. 1, 56564 Neuwied

An die Mitglieder des Stadtrates Koblenz

Neuwied, den 24.1.08

Zur Kenntnis an Herrn Ministerpräsidenten Beck, Herrn Innenminister Bruch, das Dekanat Koblenz

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Stadtrat steht die Entscheidung über die Vergabe des Auftrages zur Umgestaltung des Koblenzer Zentralplatzes an die Firma Züblin an. Das Koblenzer Sozialforum, koordiniert durch das Ökumenische Netz Rhein Mosel Saar, ist durch das von der Koblenzer Basisgruppe von Pax Christi herausgegebene Buch „Abschiebung aus der Stadt zum Bleiben. Von Koblenz in die Türkei und mit Züblin zurück auf den Zentralplatz“ auf die Rolle aufmerksam geworden, die Züblin in verschiedenen Regionen der Welt spielt. Dabei ist deutlich geworden, dass der Firma Züblin massive Verstöße gegen menschenrechtliche Standards vorgeworfen werden.

Diese Vorwürfe konzentrieren sich auf das Projekt des Ilisu-Staudamms, in das die Firma Züblin involviert ist. Es wird in jener Großregion durchgeführt, in die Familie Yildirim abgeschoben wurde. Daraus ergibt sich für den Koblenzer Stadtrat eine besondere Verantwortung auf das zu sehen, was sich in dieser Region abspielt. Daher möchten wir als Vorbereitungsgruppe des Koblenzer Sozialforums Sie auf den Ilisu-Staudamm aufmerksam machen.

Der Ilisu-Staudamm

Auf die verheerenden ökologischen, politischen und sozialen Folgen des Großprojekts um den Ilisu-Staudamm haben Nichtregierungsorganisationen hingewiesen. So herrscht in der Region bereits jetzt eine hohe Arbeitslosigkeit, die durch die Umsiedlung noch verstärkt wird. Die Bürgermeister der umliegenden Städte haben klargemacht, dass sie sich nicht in der Lage sehen, den Zuzug zehntausender Umsiedlungsoffer zu verkraften.

Weite Teile des gesamten Projekt-Gebietes waren in den 90er Jahren Schauplatz für den Krieg der türkischen Armee gegen kurdische Rebellen. Nach Schätzungen von J. Tilman, Leiter des Zentrums für internationale Studien am MIT in Massachusetts, bombardierte und verbrannte das Militär dabei 3000 Dörfer. Dieser Krieg habe mehr als zwei Millionen Menschen in die Flucht getrieben. Eine Folge: Die Einwohnerzahl von Diyarbakir z.B. wuchs zwischen 1991 und 1996 von etwa 380.000 auf 1,2 Millionen Menschen an. Mit einem solchen Ausmaß an „Innerer Vertreibung“ belegt nach Tilman die Türkei weltweit den zweiten Platz, sofort nach dem Sudan.



Nach einigen Jahren der Waffenruhe nehmen die bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen der Kurdischen Arbeiterpartei PKK und dem Militär wieder zu. Ende März 2006 kam es im Zusammenhang mit Militäroperationen zu mehreren Todesfällen von ZivilistInnen. Die türkische Botschaft in Berlin erklärt in aller wünschenswerten Offenheit, die Voraussetzung zur Durchführung des Projekts „ist die Ausrottung der Terrororganisation PKK“. Der zitierte Text – versehen mit dem Copyright „Botschaft Republik der Türkei“ - ist im Internet unter der Rubrik „Außenpolitik – Terrorismus“ zu finden. Er steht unter dem Titel „Sozioökonomische Entwicklung Südost-Anatoliens und das Südost-Anatolienprojekt (GAP)“.

Dass die Beteiligung Züblins am Ilisu-Staudamm kein Ausrutscher, sondern in der Logik der Firmenpolitik liegt, zeigen weitere Beispiele:

Die Goldmine von Yanacocha an Peru

Als 1997 Züblins Beteiligung an dem Goldgeschäft in Cajamarca bekannt wird, schreibt der Arbeitskreis Peru aus Tübingen, der sich immer noch mit der Firma Züblin beschäftigt: *„Wieso nimmt sie (die Firma Züblin) den dortigen Andenbewohnern, Bauern und Bäuerinnen das Weideland bzw. Ackerland weg und entzieht ihnen die Lebensgrundlage? ... Was passiert, wenn das bei der Goldgewinnung verwendete Cyanid oder Quecksilber einmal ins Grundwasser oder in Bäche gerät? ... Wie kann man überhaupt in ein Land investieren, wo der Staatspräsident nur durch die Hilfe der Militärs regieren kann und ein Amnestiegesetz erlassen hat, das alle Mörder in Uniform straffrei ausgehen lässt?“*

Das Wasserprojekt im Hochland von Lesotho im südlichen Afrika

Das Hochlandprojekt dient dem Zweck, Südafrika mit Wasser und Lesotho mit Elektrizität zu versorgen. Als der Staudamm gebaut wurde, siedelte die Regierung zahlreiche Menschen um. Ganze Dörfer versanken in den Fluten. Die Betroffenen leiden bis heute darunter. Viele haben ihre Existenzgrundlage verloren, denn sie haben keinen Zugang zu fruchtbarem Boden und Weideflächen für die Tiere. Die versprochenen Entschädigungen zahlte die Regierung oft erst mit Verzögerung. Heute importiert Lesotho die meisten seiner Lebensmittel aus Südafrika. Aufgrund der geringen Bezahlung und der schlechten Arbeitsbedingungen wurden die Bauarbeiten immer wieder durch Unruhen unter den Arbeitern unterbrochen. Zahlreiche Arbeiter wurden von der Polizei erschossen.

Auch noch verstrickt in Korruption?

Im Zusammenhang dieses Projekts ist es zwischen 1988 und 1998 zu massiven Korruptionsfällen gekommen. Die Bestechungsgelder wurden an Masupha Ephraim, den höchsten Verwaltungsbeamten, gezahlt. In einer Sendung des WDR vom 22.1.08 zum 10. Jahrestag der Inbetriebnahme des Projekts wurde neben den sozialen und ökologischen Folgen des Projekts genau daran erinnert. Auf einer im Juli 1999 veröffentlichten Liste der Firmen, die Bestechungsgelder gezahlt haben, findet sich auch die Firma Züblin, einmal mit 819.862 DM und zum anderen mit 105.639 DM.



Züblin aktuell

Im März 2005 berichtete der SWR darüber, dass Wanderarbeiter oft um ihren Lohn geprellt würden. Dabei ließen sich auch „namhafte Bauunternehmen mit zweifelhaften Subunternehmen ein“. Genannt wird dabei auch die Firma Züblin, die mit Subunternehmen (Briefkasten- und Scheinfirmen) zusammengearbeitet habe.

Unter dem Titel „Im Land der Lohnpreller“ ist in der Zeit vom 10.5. 2007 zu lesen: „Auf Baustellen in Baden-Württemberg schufteten Arbeiter aus Osteuropa und werden von den Unternehmen um ihren Lohn betrogen. ... Auch das traditionsreiche Stuttgarter Unternehmen Züblin ist in solche Geschäfte verwickelt.“

Beschäftigung jüdischer Zwangsarbeiterinnen

Bei all dem hat Züblin Geschichte: Im Sommer 1944 beschäftigte die Firma 1.700 ungarische jüdische Zwangsarbeiterinnen aus dem Konzentrationslager Auschwitz beim Bau einer Rollbahn des Frankfurter Flughafens.

Wir schreiben Ihnen dies in Verbindung mit der Aufforderung, vor dem Hintergrund der genannten Zusammenhänge nicht mit der Firma Züblin zusammenzuarbeiten. Wie auch immer sie entscheiden mögen, Sie sollen in jedem Fall wissen, was Sie tun.

Um die Abschiebung der Familie Yildirim zu rechtfertigen, wurde auf eine Kette moralischer Vorwürfe zurückgegriffen, die von „Missbrauch“ bis „arglistige Täuschung“ reichten. Was auch immer an diesen Vorwürfen gewesen sein mag, sie wurden gegen eine Familie verwendet, die sich in einer verzweiferten Lebenslage befand und deren Kinder in jedem Fall ‚unschuldig‘ waren. Wir fragen, was moralische Maßstäbe bedeuten, wenn es um Geschäftspartner der Stadt geht. Oder werden moralische oder schein-moralische Vorwürfe nur dann erhoben, wenn damit ‚kleine Leute‘ – von Hartz IV-Empfängern bis hin zu Flüchtlingen - denunziert und diszipliniert werden können?

Wir bieten Ihnen Gelegenheit, sich bei einer ausgewiesenen Expertin über die Problematik des Illisu-Staudamms zu informieren. Am 12. 2. um 19:30 Uhr wird Heike Drillich von der Nichtregierungsorganisation WEED im Koblenzer Sozialforum in der Christuskirche zu Gast sein.

Außerdem weisen wir Sie auf das genannte Buch von Pax Christi hin. Es ist erhältlich in der Buchhandlung Heimes (Schanzenpforte) oder auch über Pax Christi (c/o Egbert Wisser, Bachweg 20, 56072 Koblenz).

Mit freundlichen Grüßen, für das Sozialforum Koblenz

Dr. Sabine Ferenschild

www.oekumenisches-netz.de, Mail: info@oekumenisches-netz.de; Tel.: (0 26 31) 35 41 40 (Postadresse: s. Briefkopf)

Das Ökumenische Netz vernetzt Einzelpersonen, Gruppen und Institutionen im nördlichen Rheinland-Pfalz und im Saarland. Im Rahmen des Konziliaren Prozesses setzt es sich für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung ein. Das Netz ist als gemeinnützig anerkannt. **Bankverbindung:** Sparkasse Koblenz, Kto. 40 001 877, BLZ 570 501 20.